

hen wurde die Zahl der neu zu vergebenen Studienplätze durchweg verringert). Mit der stetig wachsenden Zahl von Selbstzahlern, die die Hochschulen in eigener Regie aufnehmen dürfen, wird der staatliche Plan zunehmend unterlaufen. Dies war bereits im letzten Jahr deutlich zu erkennen: 1993 waren im staatlichen Plan zunächst 780.000 Neuzulassungen vorgesehen, dann wurden sie auf 830.000 erhöht; am Ende aber wurden 960.000 Studienbewerber zugelassen (vgl. GMRB, 11.3.94, S.4). In diesem Jahr sollen 895.000 neue Studienplätze vergeben werden (RMRB, 2.3.94), doch wird die Planziffer mit Sicherheit übertroffen werden. Aus ähnlichen Gründen werden auch die nationalen Aufnahmeprüfungen erodieren, und zwar nicht nur wegen der Einführung von Abiturprüfungen, für die die Provinzen zuständig sind und durch die sich die Prüfungsfächer der nationalen Prüfungen schon jetzt reduzieren (vgl. C.a., 1993/2, Ü 10). Ein weiterer wichtiger Grund ist, daß die Hochschulen ihre Studenten zunehmend selber aussuchen wollen, vor allem solche, die Geld einbringen, aber beispielsweise auch Studenten mit Sonderbegabungen. -st-

*(15)

Ungute Tendenzen im Unterhaltungsgewerbe

Mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung und wachsendem Wohlstand blüht auch das Unterhaltungsgewerbe in Chinas großen und mittelgroßen Städten. Unternehmen der Unterhaltungsbranche wie insbesondere Bars, Tanzlokale und Karaoke-Lokale sprießen überall aus dem Boden, insbesondere in Südchina. Gingen die Menschen dort früher zu besonderen Gelegenheiten eher zum Essen, so ziehen sie heute Unterhaltungslokale vor. Dies, so berichtet die *Guangming-Zeitung*, nutzten geschäftstüchtige Unternehmer aus, indem sie nicht nur solche Lokale eröffnen, sondern diese auch mit Schummerlicht, abgeschirmten Sitzdecken usw. ausstatten und verhöhlene Dienste anbieten. Diese werden unter dem Stichwort "Drei Begleitungen" (*san pei*) in dem Blatt als dekadent angeprangert. (GMRB, 26.3.94) Damit ist Begleitung im Weintrinken, Tanzen und Singen gemeint. Diese Dienste werden den Gästen von hübschen jungen Mädchen angeboten, die in den Lokalen engagiert sind. Vielfach bleibt es nicht bei diesen Diensten,

sondern münden sie in illegaler Prostitution. Betroffen sind nicht wenige Studentinnen, die sich für ihr Studium Geld verdienen müssen. Manche ziehen sich sofort zurück, andere werden zu einer Geldquelle für den Wirt und Opfer illegaler Prostitution.

Eine Untersuchung der Sicherheitsbehörden der Provinz Guangdong ergab, daß 48 Prozent der jungen Mädchen, die offiziell für die "Drei Begleitungen" zur Verfügung standen, sich auch prostituierten. Nach einer anderen Untersuchung unter 300 jungen Damen, die in 200 Karaoke-Bars arbeiteten, betrieben über 80 Prozent von ihnen Prostitution. Ganz besonders wird kritisiert, daß ein großer Teil des Geldes, das in den Nachtbars, Tanzlokalen und Karaoke-Bars ausgegeben wird, öffentliche Gelder sind. Allerdings soll die Verwendung öffentlicher Mittel für solche Zwecke seit Beginn der Anti-Korruptionskampagne im vergangenen Jahr zurückgegangen sein. (Ebd.)

In dem Bericht werden diese Tendenzen im Unterhaltungsgewerbe als "dekadente Erscheinungen" bezeichnet und auf den Einfluß der Marktwirtschaft zurückgeführt. Zu fragen wäre jedoch, ob mit den *san pei* nicht vielmehr traditionelle Gewohnheiten wieder aufleben, die auch über vier Jahrzehnte Sozialismus nicht ausmerzen konnten. Dies wird allerdings von zu dem Problem befragten Professoren der philosophischen Abteilung der Pädagogischen Hochschule Beijing verneint. Die Mehrzahl der Chinesen, so einer der Professoren, habe eine ablehnende Haltung gegenüber den *san pei*, und zwar aufgrund traditioneller kultureller Auffassungen, Wertvorstellungen und moralischer Auffassungen und auch, weil die chinesische Gesellschaftsordnung sie nicht erlaube. Die Achtung vor der Würde und Persönlichkeit des Menschen verbiete jegliche Art von Prostitution. Diese Erscheinungen seien unbedingt zu bekämpfen, weil sie die allgemeine gesellschaftliche Moral zerstörten. (GMRB, 27.3.94) In dieser Bewertung stimmen sozialistische und konfuzianische Moralapostel überein.

Nachdenkenswerter ist der Versuch eines der befragten Professoren, diese Erscheinungen vor dem gesellschaftlichen Hintergrund zu erklären. Er sieht die *san pei* und andere Formen "weiblicher Erniedrigung" als Ausdruck einer neuen Ungleichheit zwischen

Mann und Frau an. Viele Frauen seien nach außen zwar sehr modern, aber in Wirklichkeit würden sie ihre eigenen Rechte nicht mehr hoch bewerten und gegenüber Männern eine Abhängigkeitsmentalität entwickeln (ebd.). Hier wird unterstellt, daß sich die Frauen freiwillig in eine untergeordnete und abhängige Position bringen. Bei manchen Frauen ist dies tatsächlich eine zu beobachtende Tendenz, aber ebensooft dürften sie aus ökonomischen Gründen in diese Lage gedrängt werden. Denn Männer, auch Studenten, haben es leichter, einen angemessenen Job zu finden als junge Frauen. Diese sind daher häufig gezwungen, Jobs im Unterhaltungsgewerbe anzunehmen. -st-

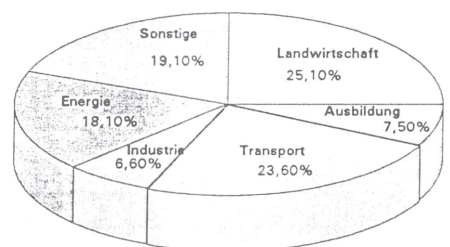
Außenwirtschaft

*(16)

Weltbankkredite an China

In *China aktuell*, Februar 1994, Thema "Chinas Integration in die internationalen Wirtschaftsorganisationen IWF, Weltbank und GATT", ist auf S. 157 versehentlich eine Grafik vertauscht worden. Im folgenden nun die richtige Grafik "Weltbankkredite an die VR China 1981-93".

Weltbankkredite an die VR China 1981-93



Quelle: Erstellt nach Weltbankberichten

Wie die Grafik zeigt, entfielen auf die Sektoren "Landwirtschaft" mit 25,1%, "Transport" mit 23,6% sowie "Energie" mit 18,1% die größten Anteile. -schü-

*(17)

Südkoreanische Wirtschaft drängt verstärkt nach China

Der südkoreanische Präsident Kim Young-sam besuchte Ende März China, wobei neben politischen Gesprächen über Nordkorea vor allem die

Vertiefung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund stand. Während des Besuches wurde die Bildung einer gemeinsamen Industrie-Kommission bekanntgegeben, die die Kooperation in den Bereichen Flugzeug- und Fahrzeugbau, Telekommunikationsausrüstungen und in anderen Industriebranchen unterstützen soll. (CD, 30.3.94)

Im Flugzeugbau soll Südkoreas beispielsweise daran interessiert sein, die gemeinsame Entwicklung von Flugzeugen (100 Sitzen) zu finanzieren, die am Ende der Dekade den erwarteten Anstieg des Bedarfs an Regionalflugzeugen in China und Südkorea decken soll. Die südkoreanischen Unternehmen Samsung und Daewoo sollen bereits vorläufige Vereinbarungen mit chinesischen Luftfahrtunternehmen abgeschlossen haben.

Im Bereich der Fahrzeugbaus wollen die südkoreanischen Unternehmen Hyundai, Kia und Daewoo innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre über die Gründung eines Joint Venture Produktionsstätten in China aufbauen. Die koreanischen Unternehmen sollen zunächst auf die Produktion von Kfz-Teilen mit chinesischen Partnern beschränkt werden, bevor ihnen die Fahrzeug-Montage erlaubt werden soll. (FT, 29.3.94) Hyundai ist bereits mit der Grace-Minibus-Produktion in Guangdong, Daewoo mit Werkstätten und Kia mit einem Ceres-Lkw-Werk (bis 1996 sind 10.000 Einheiten geplant) vertreten. (HB, 30.3.94)

Im Telekommunikationssektor will Südkorea seine TDX-Version des automatischen Schaltsystems für Telefonzentralen sowohl für die ländlichen als auch städtischen Telefonnetze anpassen. Gemeinsame Pläne bestehen auch für die Entwicklung von HDTV-Kopiergeräten und hochauflösenden Farb-Fernsehgeräten. Die Koordination dieser Projekte soll über die neu gegründete gemeinsame Industrie-Kommission laufen. (FT, 29.3.94) Die südkoreanischen Unternehmen Goldstar Telcom und Samsung Electronic weisen bereits Produktionsstätten in der Provinz Shandong aus. In den chinesischen Mobilfunkmarkt drängen sowohl Samsung Electronic als auch Hyundai Electronic. Die Korean Technology Banking Corp. und die Sinotechmart wollen außerdem im Forschungsbereich zusammenarbeiten. (HB, 30.3.94)

Vor dem Besuch von Kim Young-sam in China gaben die Vertreter einer Reihe wichtiger südkoreanischer Unternehmen in Beijing in einem Interview Informationen über den Stand ihrer China-Aktivitäten. So berichtete beispielsweise Daewoo, daß seit Ende der 80er Jahre die Investitionen des Unternehmens in die Bereiche Maschinenbau, Chemikalien, elektrische Geräte und Fahrzeugbau geflossen seien. Die Gesamtinvestitionen werden mit 300 Mio. US\$ und der gemeinsame Außenhandel mit China im Jahre 1993 mit rd. eine Mrd. US\$ angegeben. Außerdem habe Daewoo ein Joint Venture mit chinesischen Unternehmen in Südkorea gegründet.

Das Unternehmen Samsung ist in China mit 10 Niederlassungen vertreten. Mit einem Volumen von 1,1 Mrd. US\$ nimmt Samsung den ersten Platz unter den südkoreanischen Firmen im Außenhandel mit China ein. Samsung hat bisher 100 Mio. US\$ in China investiert und ein Gemeinschaftsunternehmen zur Herstellung von Elektronikprodukten und Telekommunikationsausrüstungen gegründet. (XNA, 26.43.94)

Nach südkoreanischen Angaben wird das gesamte Investitionsvolumen mit 1,5 Mrd. US\$ angegeben. Im Außenhandel ist China für Südkorea inzwischen zum drittgrößten Handelspartner geworden; Südkorea rückte auf Platz sechs der wichtigsten Handelspartner Chinas auf. (XNA, 25.3.94)

Die stärkere wirtschaftliche Kooperation zwischen China und Südkorea basiert sicherlich bei beiden Seiten auf strategischen Überlegungen. So stellt die Zusammenarbeit mit Südkorea für China ein Gegengewicht zu Japan dar, um eine einseitige Abhängigkeit zu vermeiden. Japan und Südkorea stehen auch in direkter Konkurrenz bei ihren Investitionen, die sich auf den Nordosten Chinas, insbesondere auf Städte wie Qingdao und Dalian, konzentrieren. Aus südkoreanischer Sicht ist nicht nur die Erschließung des chinesischen Marktes von Bedeutung. Bei der mittelfristig erwarteten Wiedervereinigung wäre darüber hinaus die Ansiedlung von südkoreanischen Unternehmen in Nordostchina vorteilhaft für den Wiederaufbau Nordkoreas. (HB, 30.3.94) -schü-

*(18)

Singapur baut Industriepark in Suzhou

Ende Februar wurde das offizielle Protokoll über den Aufbau eines Industrieparks durch Singapur in Gegenwart des singapurianischen Ministerpräsidenten Goh Chok Tong, des ehemaligen Ministerpräsidenten Singapurs, Lee Kuan Yew, und des stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Lanqing unterzeichnet. Das Abkommen sieht die Unterstützung durch beide Regierungen für die Bildung eines Joint Venture zwischen der Stadt Suzhou und einem singapurianischen Konsortium vor. In einem weiteren Abkommen wurde festgelegt, daß der Aufbau des Industrieparks auf der Basis der Wirtschafts- und Verwaltungserfahrungen Singapurs erfolgen soll. (XNA, 27. und 28.2.94)

Die Verhandlungen über den Industriepark in Suzhou hatten bereits Mitte 1993 zu einer grundsätzlichen Einigung über die Modalitäten eines Joint Venture geführt. Das singapurianische Konsortium, das von dem Unternehmen Keppel Corp. geleitet wird, an dem wiederum die Regierung Singapurs mit einem Anteil von 35% beteiligt ist, wird eine Mehrheitsbeteiligung im Joint Venture von 65% halten. In einer ersten Phase ist die Erschließung einer Fläche von 8km² vorgesehen, die schrittweise auf eine Gesamtfläche von 70km² ausgeweitet werden soll. Bei der Entwicklung des Industrieparks kann das Konsortium Produktionsstätten errichten und diese verpachten oder das Land an andere Unternehmen zur Erschließung unterverpachten. (ASWJ, 13.8.93)

Im Industriepark sollen hauptsächlich moderne und High-Tech-Industrien angesiedelt werden, die durch Dienstleistungsunternehmen und soziale Einrichtungen ergänzt werden. (XNA, 27.2.94) Die Übernahme des "singapurianischen Modells" sieht u.a. vor, daß chinesische Verwaltungsfachleute in Singapur Planungsmethoden studieren und daß singapurianische Manager das Gesamtprojekt steuern und die Investitionsplanung übernehmen; die erforderlichen Gesamtinvestitionen werden auf 20 Mrd. US\$ geschätzt. (Südostasien aktuell, Juli 1993, S. 225)

Nach chinesischen Angaben sollen singapurianische Unternehmen bereits über 50 gemeinsame Projekte Absichtserklärungen mit einem vertraglichen Investitionswert von rd. drei Mrd. US\$ unterzeichnet haben. Die Projekte umfassen Aktivitäten in den Bereichen Tourismus, Energieentwicklung, Transport, Elektronik, Maschinenbau, Textilien, Chemikalien und Dienstleistungen. (XNA, 8.3.94)

Singapur liegt bei den Investitionen in China gegenüber den anderen asiatischen Staaten weit zurück. Die realisierten Direktinvestitionen beliefen sich beispielsweise 1991 lediglich auf 58 Mio. US\$ und stiegen 1992 auf 122 Mio. US\$. (Almanac of China's Foreign Economic Relations and Trade 1992/93 und 1993/94) Insgesamt sollen singapurianische Unternehmen an rd. 700 Projekten (1992) mit einem Gesamtwert von 997 Mio. US\$ beteiligt sein. (Südostasien aktuell, Juli 1993, S. 225)

Ein steigendes Interesse an China ließ sich im letzten Jahr anhand der Anzahl der singapurianischen Reisenden auf das Festland feststellen. So kamen 1993 rd. 200.000 Besucher aus Singapur, eine Zunahme um 31,4% gegenüber 1992. (XNA, 8.3.94) -schü-

*(19)

Neues Gesetz soll taiwanische Investoren schützen

Anfang März hat der Nationale Volkskongreß ein Gesetz zum Schutz taiwanischer Kapitalanlagen auf dem Festland verabschiedet, das allerdings noch vom Staatsrat verkündet werden muß. Das Gesetz untersagt die Verstaatlichung taiwanischer Kapitalanlagen, erlaubt den ungehinderten Transfer von Gewinnen nach Taiwan und enthält überwiegend die auch sonst üblichen gesetzlichen Schutzrechte. (Law on the Protection of Investments of Taiwan Compatriots in the People's Republic of China, in: Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 5.3.94, nach SWB, 8.3.94) Im Gegensatz zu den sonstigen bilateralen Abkommen zum Schutz von Kapitalanlagen zwischen verschiedenen Staaten, wird dies Abkommen jedoch nicht von beiden Seiten unterzeichnet werden. Taiwanische Investitionen werden als besondere Form einer Inlandsinvestition angesehen, nicht als

ausländische Investitionen, da Beijing Taiwan als eine Provinz und nicht als Ausland betrachtet. (China Central Television, Beijing, in Chinese, 9.3.94, nach SWB, 12.3.94)

Taiwanische Investitionen erhöhten sich in den letzten zwei Jahren in besonders schnellem Tempo. Inzwischen ist Taiwan zu einem der wichtigsten Investoren aufgerückt, wobei allerdings Hongkong in der Regel als Zwischenstation für Investitionsprojekte genutzt wird. Bis Ende 1992 wurden nach festlandchinesischen Angaben 10.245 Investitionsprojekte aus Taiwan mit einem kumulierten Volumen von 8,97 Mrd. US\$ genehmigt, so daß Taiwan hinter Hongkong der größte Investor wurde. Nach taiwanesischen Angaben floßen zwischen 1990 bis Ende 1992 rd. 5,4 Mrd. US\$ über Hongkong auf das chinesische Festland. (Ca, Mai 1993, S. 452) Ob taiwanische Unternehmen das von der festlandchinesischen Regierung beschlossene Kapitalschutzgesetz als ausreichende Garantie betrachten, bleibt abzuwarten. Ohne ausreichende rechtliche Absicherungen drängten taiwanische Unternehmen bisher zwar auch auf das Festland, allerdings über Drittländer. -schü

*(20)

Illegale Praktiken einiger sino-ausländischer Unternehmen

Mit der schnellen Zunahme von Unternehmen mit Auslandskapital hat sich in den letzten Jahren auch die Zahl der Unternehmen vergrößert, die gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen. Insgesamt sollen inzwischen Genehmigungen für die Gründung von rd. 170.000 Unternehmen mit ausländischem Kapital mit einem vertraglich festgelegten Kapitaleinsatz von rd. 200 Mrd. US\$ vorliegen. Rund die Hälfte der Unternehmen soll ihren Betrieb aufgenommen haben; das tatsächlich eingesetzte Auslandskapital wird mit rd. 60 Mrd. US\$ angegeben. Der große Unterschied zwischen genehmigtem und realisiertem Kapital wird darauf zurückgeführt, daß ein Projekt in verschiedene Phasen aufgeteilt ist, in denen jeweils Kapitaleinlagen erfolgen.

Gegen eine Reihe von neu gegründeten Unternehmen mit Auslandskapital, die lediglich als "Briefkasten-Unternehmen" fungierten, unrichtige Angaben über den Wert ihrer Kapitaleinla-

gen gemacht haben, das Unternehmen nur als Aushängeschild für den Kfz-Import nutzen oder andere illegale Praktiken verfolgten, wurde nunmehr in einigen Städten vorgegangen. (XNA, 4.3.94; Zhongguo Tungxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 20.3.94, nach SWB, 31.3.94)

Aus der Stadt Wuhan (Provinz Hubei) wird beispielsweise berichtet, daß 26 sino-ausländischen Joint Ventures die Geschäftszulassung entzogen wurde. Nach Angaben des lokalen Amtes für Auslandsinvestitionen und der Wuhaner Industrie- und Handelsverwaltung waren diese Unternehmen in den Bereichen Gastronomie, Mode, (Vertrieb/Herstellung? von) Videokassetten, medizinischen Geräten, Kfz-Reparatur und Lederverarbeitung registriert. Einige dieser Unternehmen sollen drei bis vier Jahre nach ihrer Zulassung durch die Lokalbehörden noch nicht ihren Betrieb aufgenommen, andere nach Problemen innerhalb des Unternehmens ihre Handelsaktivitäten für mehrere Jahre ausgesetzt haben. Ein Teil dieser Joint Ventures war nicht in der Lage, ihre Produkte auf dem in- oder ausländischen Markt abzusetzen, ein anderer Teil wies überhaupt keine Kapitaleinlage auf und verließ sich vollständig auf Bankkredite. (XNA, 5.3.94)

Bei einer Überprüfung von Unternehmen mit Auslandskapital in Guangzhou (Provinz Guangdong) und Shenyang (Provinz Liaoning) wurde weitem rund 100 Unternehmen die Zulassung entzogen. Die Städte Taiyuan (Provinz Shanxi) und Beijing sollen ebenfalls gegen illegale Praktiken und "Briefkasten-Unternehmen" vorgegangen sein. (CD, 11.3.94, S.3)

Auch in einem Artikel in der *Zhonghua Wenzhai* wird anhand mehrer Beispiele auf die illegalen Praktiken einiger Auslandsinvestoren eingegangen. Hierzu zählt vor allem die Angabe von Kapitaleinlagen, die dem tatsächlichen Wert nicht entspricht. So seien veraltete oder billige Anlagen und Ausrüstungen als neue bzw. teure Anlagen bewertet worden. In einem Falle hätte ein Auslandsinvestor bei Verhandlungen von fünf Joint Ventures mit verschiedenen Lokalbehörden den Wert der importierten fünf Anlagen mit jeweils 2,4 Mio. US\$ ausgegeben. Bei einer späteren Überprüfung habe sich

jedoch ergeben, daß der tatsächliche Anlagenwert zusammen nur 900.000 US\$ betrug.

Auch die Ausweisung nicht vorhandener Verluste mit dem Ziel, Steuerzahlungen zu umgehen, sei in manchen Unternehmen mit Auslandskapital anzutreffen. So hätten im Jahre 1991 in der Provinz Guangdong 4.838 solcher Unternehmen Verluste in Höhe von 3,66 Mrd. Yuan angegeben; dies sei ein Anteil von 53% der Unternehmen, die Steuern abführen müßten. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 9.3.94, nach SWB, 25.3.94)

Wie das *Asian Wall Street Journal* am 5.4.94 berichtet, werden ab Mai neue Bestimmungen gelten, die illegale Praktiken von Unternehmen mit Auslandskapital unterbinden sollen. Die Zeitung bezieht sich u.a. auf einen offiziellen Bericht, in dem auf die negativen Folgen einer überhöhten Angabe von Kapitaleinlagen durch ausländische Joint Venture-Partner eingegangen wird. Hierzu zähle vor allem, daß die Auslandsinvestoren einen unverhältnismäßig größeren Gewinnanteil für sich beanspruchen könnten. Nähere Angaben über die neuen Bestimmungen, die auch Regeln zur Bewertung der eingebrachten Kapitaleinlagen enthalten sollen, liegen bisher noch nicht vor. -schü-

* (21)

Gewerkschaften stärker in Auslandsunternehmen vertreten

Nach Angaben des Nationalen Gewerkschaftsverbandes sind inzwischen in 45% der Unternehmen mit Auslandskapital Gewerkschaftsvertretungen vorhanden. In den Wirtschaftsentwicklungszonen sollen Gewerkschaften bereits in 60% dieser Unternehmen anzutreffen sein.

In Tianjin fand am 14.3.94 eine landesweite Arbeitskonferenz über die Arbeit von Gewerkschaften in Unternehmen mit Auslandskapital statt. Hierbei wurde nochmals die Rolle der Gewerkschaften deutlich gemacht. So hätten die Gewerkschaften u.a. die Aufgabe, bei Arbeitsstreitigkeiten zwischen Unternehmensleitung und Beschäftigten zu vermitteln und an die Arbeitskräfte notwendiges Wissen über die rechtlichen Bestimmungen weiterzugeben. Nach Yang Xingfu,

stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Gewerkschaftsverbandes, sei es auch die Funktion der Gewerkschaften, positiv auf die Motivation der Beschäftigten im Produktionsbereich einzuwirken, Friktionen zwischen den Arbeitskräften und dem ausländischen Managementpersonal zu reduzieren und daran mitzuarbeiten, daß keine Reibungen im normalen Geschäftsablauf entstünden. (XNA, 15.3.94)

Die stärkere Präsenz von Gewerkschaften in Unternehmen mit Auslandskapital kann auch vor dem Hintergrund der Berichte in der chinesischen Presse in den letzten Monaten gesehen werden, die auf Mißstände in einigen Unternehmen hingewiesen haben. Hierbei ging es vor allem um Unternehmen, die von Hongkongern und Taiwanern gegründet wurden. (Siehe hierzu auch die Übersicht in *China aktuell*, Februar 1994, "Arbeitsgesetz in Vorbereitung").

Auch in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen (Provinz Guangdong) sollen Gewerkschaften demnächst stärker in Unternehmen mit Auslandskapital vertreten sein. Für das laufende Jahr besteht die Zielsetzung, in 40% dieser Unternehmen Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen. Hierdurch sollen die Arbeitskonflikte reduziert werden, deren Zahl in den letzten zwei Jahren mit insgesamt 1.100 angegeben wird, und die sich sowohl in Streiks als auch Bummelstreiks äußerten. In rd. 90% der Fälle waren davon Unternehmen mit Auslandskapital betroffen und solche Unternehmen, die keine staatlichen Subventionen erhalten. Konflikte resultierten vor allem aus Lohnstreitigkeiten und unzureichenden Sozialleistungen. So gäbe es Unternehmen, die lediglich einen Lohn von fünf bis sieben Yuan pro Tag zahlten, der damit weit unter dem Mindestlohn von 11,2 Yuan pro Tag liegen würde.

Um die Arbeitskräfte vor Lohnverlusten zu schützen, plant der Gewerkschaftsverband von Shenzhen außerdem, einen entsprechenden Versicherungsfonds aufzubauen. In diesen Fonds sollten die Unternehmen einen Betrag einzahlen, der Lohnzahlungen für ein bis zwei Monate deckt. (SCMP, 25.3.94)

Die Besorgnis der chinesischen Regierung, daß Unruhen unter den städtischen Arbeitern zunehmen und die

Forderungen nach unabhängigen Gewerkschaften sich verstärken könnten, kann als Grund für die Ankündigung des Arbeitsministeriums angesehen werden, in der Zeit von 1.4. bis 30.6. eine Überprüfung der Arbeitsbedingungen in allen Unternehmen durchzuführen. Die Untersuchung soll sich auf alle Unternehmen in Städten und Kleinstädten erstrecken, unabhängig von der jeweiligen Eigentumsstruktur, und Bereiche wie Kinderarbeit, Verstöße gegen die Vorschriften zur Beschäftigung von Frauen, Arbeitsverträge, Löhne, Versicherung und Sozialleistungen einschließen. (FT, 21.3.94) -schü-

Binnenwirtschaft

* (22)

Regierungsbericht zur Wirtschaftsentwicklung 1993 und Planung 1994

Chen Jinhua, Minister der Staatlichen Planungskommission, legte dem Nationalen Volkskongreß im März den Bericht zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Jahre 1993 vor. Ein Vergleich mit den Anfang 1993 aufgestellten Plandaten zeigt, daß Planansätze und tatsächliche Wirtschaftsentwicklung stark voneinander abweichen:

- Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate lag mit 13,4% (Bruttoinlandsprodukt) deutlich höher als ursprünglich geplant. In der im Februar letzten Jahres vorgestellten Planung war eine Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 8% vorgesehen.
- Während der Output der meisten Anbauprodukte die Plansätze erreichte oder überschritt, fiel die Ernte von Baumwolle und zuckerhaltigen Pflanzen deutlich niedriger aus als geplant.
- Die Zuwachsrate der industriellen Wertschöpfung von 21,1% im Jahre 1993 überstieg den geplanten Ansatz ebenfalls. So sollte die Wachstumsrate der Industrieproduktion ursprünglich auf 14% beschränkt werden.